

Niederschrift zur Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses (Protokoll Nr. 27)
am 16.10.2019, 19.30 Uhr – 21.20 Uhr

Anwesend: Tanja Hartdegen – Jürgen Ehlert – Reiner Ley – René Petzold – Sascha Heimeroth (für Matthias Pfromm) – Stephan Nied - Thilo Weimar

Gemeindevorstand: Bgm. Möller – Nora Mannel – Georg Pfromm

Entschuldigt: Matthias Pfromm

Gäste: Frau Pfarrerin Eckardt, Elternvertretung der evangelischen Spielstunde (6 Personen), 1 weiterer Bürger und ein Vertreter der Hersfelder Zeitung

Der Vorsitzende Jürgen Ehlert begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Nach dem Redaktionsschluss für die öffentliche Bekanntmachung der Tagesordnung sind noch fristgerecht drei Anträge eingegangen, sodass Herr Ehlert den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung stellte.

Einstimmig wurde beschlossen, die Tagesordnung um die drei Anträge zu erweitern. Somit lag folgende Tagesordnung vor:

1. Information zur weiteren Entwicklung der kirchlichen Kindertageseinrichtungen
2. Beratung und Beschlussempfehlung einer überplanmäßigen Auszahlung gem. § 100 HGO für die Baumaßnahme „Regenwasserreduzierung Wippershain“
3. Beratung und Beschlussempfehlung über eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Archivierungsaufgaben nach dem HArchivG durch das Interkommunale Kreisarchiv Nordhessen im Auftrag des Kommunalen Archivverbands Hersfeld-Rotenburg
4. Beratung und Beschlussempfehlung über den Aufruf eines Interessenbekundungsverfahrens/Beteiligungswettbewerb zum Verwaltungssitz
5. Bekanntgabe und Beratung des Revisionsberichtes des Technischen Prüfdienstes zu den Freiwilligen Feuerwehren
6. Bekanntgabe der Bewerbung der Schenkklengsfelder Linde bei der Initiative „Nationalerbe-Baum“
7. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 13 der GO betreffend Neubau Rathaus und Feuerwehrgebäude

8. Antrag der Fraktion Die Bürgerliste Schenklingfeld nach § 13 GO: Antrag der SPD-Fraktion Neubau Feuerwehrgerätehaus und Rathaus
9. Antrag des Gemeindevertreters Udo Langer gem. § 13 der GO; Betreff: Feststellung der Nutzungssicherheit des Rathauses Schenklingfeld

1. Information zur weiteren Entwicklung der kirchlichen Kindertageseinrichtungen

Frau Pfarrerin Eckardt berichtete zu anfangs, dass aufgrund rückgängiger Haushaltsmittel der dauerhafte Fortbestand der evangelischen Spielstunde nicht möglich ist. Anhand der ausgeteilten Vorlage erläuterte sie für die Jahre 2013 bis 2018 eine durchschnittliche Geburtenrate im Gemeindegebiet von 35 Kindern/Jahr. Somit stehen insgesamt mehr Betreuungsplätze als Kinder zur Verfügung. Frau Eckardt regte daher an, zukünftig auch im Bereich der Kinderbetreuung zusammenzuarbeiten. Als gut funktionierendes Beispiel nannte sie die gemeinsame Ortsjugendpflege, die von den drei Kirchengemeinden und den politischen Gemeinden aus Friedewald, Hohenroda und Schenklingfeld seit vielen Jahren erfolgreich durchgeführt wird. In einer Umfrage votierten 850 Befragte für den Fortbestand der evangelischen Spielstunde. Die Umfrage wurde bereits an Herrn Bürgermeister Möller übergeben.

Frau Eckardt schlug daher vor, die evangelische Spielstunde in die gemeindliche Kindertagesstätte „Pustebume“ zu integrieren und als gemeinsame Einrichtung unter kirchlicher Trägerschaft zu führen. Hieraus würden sich auch finanzielle Vorteile ergeben, da kirchliche Träger vom Land Hessen im Vergleich zu den Kommunen für den Betrieb von Kindertageseinrichtungen im Bereich der über 3-jährigen Kindern höhere Grundpauschalen erhalten. Je nach Betreuungsumfang handelt es sich um einen jährlichen Betrag von 170, 220 oder 300 € je Kind. Bei einer Anzahl von 75 Kindern würde dies einen jährlichen Mehrbetrag von 12.750, 16.500 oder 22.500 € ausmachen. Zudem würde der gemeindliche Zuschuss von 15.000 €/Jahr an die evangelische Spielstunde entfallen. Weiterhin würde sich Frau Eckardt dafür einsetzen, dass sich die Landeskirche mit 10% an dem jährlichen Defizit beteiligt. Neben der Verwaltung der gemeinsamen Einrichtung könnte das Kirchenkreisamt auch die Kinderkrippe „Sonnenschein“ und den Kindergarten „Regenbogenland“ verwalten. Bereits jetzt betreut das Kirchenkreisamt 22 Kindertageseinrichtungen, woraus weitere Vorteile entstehen könnten. Zudem erläuterte sie, dass die kirchlichen Träger ab 2022 auch den tariflichen Bestimmungen des Sozial- und Erziehungsdienstes (SuE) beitreten und somit keine Unterschiede in der Vergütung des Personals bestehen. Für weitere Auskünfte stehen neben dem Leiter des Kirchenkreisamtes Hersfeld-Rotenburg, Herr Reitz, auch Herr Pfarrer Schmidt-Wecken als Vorsitzender des Zweckverbandes der evangelischen Kindertageseinrichtungen zur Verfügung.

Frau Pfarrerin Eckardt wünscht bis Ende des Jahres ein gemeindliches Votum, ob eine Zusammenarbeit vorstellbar ist. Sie gab zu berücksichtigen, dass für die Zusammenarbeit die Zustimmung der Landeskirche erforderlich ist. Neue Einrichtungen werden von der Landeskirche nicht mehr genehmigt, daher hob Frau Eckhardt abschließend noch einmal das Ansinnen des Fortbestandes als gemeinsame Einrichtung hervor.

Die Mitglieder des Ausschusses möchten die Thematik in ihren Fraktionen beraten und wünschen sich von dem Gemeindevorstand für die kommende Ausschuss-Sitzung im November d. J. einen Beschlussvorschlag.

2. Beratung und Beschlussempfehlung einer überplanmäßigen Auszahlung gem. § 100 HGO für die Baumaßnahme „Regenwasserreduzierung Wippershain“

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeindevertretung beschließt für die Baumaßnahme „Regenwasserreduzierung Wippershain“ (I1110-053) eine überplanmäßige Auszahlung gemäß § 100 HGO in Höhe von 77.086,08 €. Die haushaltsrechtliche Deckung erfolgt durch nicht mehr benötigte Haushaltsreste aus dem Jahr 2013 bei der Baumaßnahme Freispiegelkanalisation und Abwasserdruckleitung Dinkelrode (I1110-025).

7	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
---	------------	---	--------------	---	--------------

3. Beratung und Beschlussempfehlung über eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Archivierungsaufgaben nach dem HArchivG durch das Interkommunale Kreisarchiv Nordhessen im Auftrag des Kommunalen Archivverbands Hersfeld-Rotenburg

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand mit dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der Archivierungsaufgaben nach dem HArchivG durch das Interkommunale Kreisarchiv Nordhessen im Auftrag des Kommunalen Archivverbands Hersfeld-Rotenburg. Für die Inanspruchnahme der Leistungen ist durch den Gemeindevorstand jährlich ein Budget zu melden, welches bei den Haushaltsplanungen zu berücksichtigen ist.

7	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
---	------------	---	--------------	---	--------------

4. Beratung und Beschlussempfehlung über den Aufruf eines Interessenbekundungsverfahrens/Beteiligungswettbewerb zum Verwaltungssitz

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Der Gemeindevertretung beschließt, den im Sachverhalt genannten Text zur Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens zu veröffentlichen. Die Publizierung erfolgt in der Wochenzeitung „Die Ortsschelle“ und auf der gemeindlichen Internetseite.

3	Ja-Stimmen	3	Nein-Stimmen	1	Enthaltungen
---	------------	---	--------------	---	--------------

5. Bekanntgabe und Beratung des Revisionsberichtes des Technischen Prüfdienstes zu den Freiwilligen Feuerwehren

Der Revisionsbericht des Technischen Prüfdienstes wurde gemeinsam mit den Sitzungsvorlagen den Mandatsträgern zur Verfügung gestellt. Die Prüfung fand im Zeitraum vom 26. bis 28. August d. J. statt. Bürgermeister Möller berichtete, dass die Feuerwehrrätehäuser der Ortsteile Schenklingfeld, Oberlingfeld, Malkomes und Wüstfeld beim Handlungsbedarf in die Kategorie rot eingestuft wurden. Die Herren Gemeindebrandinspektor Wennemuth und Kauffunger werden den Prüfbericht im Rahmen einer interfraktionellen Sitzung, die voraussichtlich am 29. Oktober d. J. stattfindet, erläutern.

6. Bekanntgabe der Bewerbung der Schenklingfelder Linde bei der Initiative „Nationalerbe-Baum“

Seitens der Verwaltung wurde eine Bewerbung für die Schenklingfelder Linde bei der Initiative „Nationalerbe-Baum“ eingereicht. Eine Antwort des Kuratoriums bleibt abzuwarten.

7. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 13 der GO betreffend Neubau Rathaus und Feuerwehrgebäude

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, ein geeignetes Grundstück zu suchen und Vorplanungen für die Errichtung eines kombinierten Gebäudes für die Verwaltung der Gemeinde und den Sitz der Feuerwehr Schenklingfeld einzuleiten.

7	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
----------	-------------------	----------	---------------------	----------	---------------------

8. Antrag der Fraktion Die Bürgerliste Schenklingfeld nach § 13 GO: Antrag der SPD-Fraktion Neubau Feuerwehrgerätehaus und Rathaus

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, eine Matrix zu erarbeiten, aus der folgende Punkte hervorgehen:

- Welche Renovierungsmaßnahmen sind im Feuerwehrgerätehaus Schenklingfeld erforderlich? Welche Kosten könnten anfallen?
- Ist eine Erweiterung des bisherigen Gebäudes möglich? Wie hoch werden die Kosten eingeschätzt?
- Gibt es Synergieeffekte bei einem Gemeinschaftsbau? Z. B. bei Unterhaltung und Nutzung.

- Welche Fördermaßnahmen gibt es bei Einzelbaumaßnahmen bzw. Gemeinschaftsbau?
- Gibt es geeignete Grundstücke? Für Einzel- oder Gemeinschaftsbau?
- Was könnte mit der leer stehenden Gemeindeverwaltung passieren?

7	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
---	------------	---	--------------	---	--------------

9. Antrag des Gemeindevertreters Udo Langer gem. § 13 der GO; Betreff: Feststellung der Nutzungssicherheit des Rathauses Schenklengsfeld

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, durch öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige feststellen zu lassen, ob die Eignung des Rathauses für eine sichere Verwendung als Verwaltungssitz weiterhin gegeben ist, oder wie hoch der Aufwand zur Erreichung dieses Zustandes ist.

7	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
---	------------	---	--------------	---	--------------

geplante Fahrbahnmarkierung am Schenklengsfelder Lindenplatz

Zum Abschluss der Sitzung gab Bürgermeister Möller die Stellungnahme der Polizei bekannt. Diese wurde samt Vermerk der gemeindlichen Bauabteilung an die Sitzungsteilnehmer verteilt. In der Stellungnahme wird durch die bloße Anbringung von Fahrbahnlinien eine Verschlechterung der Situation für Fußgänger befürchtet. Zudem ist für Verkehrsteilnehmer der Fahrbahnverlauf nach Schneefall nicht bzw. nicht ausreichend erkennbar.



(Ehlert, Vorsitzender)



(Trabert, Schriftführer)